

Ich möchte mit meinem Redebeitrag kurz auf die politischen Folgen die eine Landeserstaufnahmeeinrichtung in Freiburg, mit sich bringt, eingehen.

- Am 18.07.2014 wurde erstmals im Freiburger Gemeinderat die „**mögliche Einrichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung**“ diskutiert. Am 12.11.2014 war die LEA Thema im Gemeinderat. Das Land Baden Württemberg erklärt ausdrücklich, dass „**nur mit politischer Unterstützung der Stadt Freiburg**“ eine LEA eingerichtet wird. Alle Mitglieder im Freiburger Gemeinderat wussten, was sie politisch beschließen.

- Am 9.12.2014 hält die Stadträtin der GRÜNEN Birgit Wölki eine Rede im Gemeinderat. Sie sagte: „**Die LEA Freiburg kann ein Modell für eine humanere Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsunterbringung werden. Wir können hier ernst machen mit dem oft strapazierten Begriff einer „Willkommenskultur**“. Der damalige Oberbürgermeister Dieter Salomon äußerte sich so: „**Wir wollen eine moderne Flüchtlingspolitik machen**“.

Ich frage mich: Drücken solche Reden Unwissen, politische Naivität oder bewusste politische Täuschung aus. Bei Massenlager bis zu 1.000 Menschen, die Zahl wurde in der Beschlussvorlage des Gemeinderates genannt, kann von ‚**humanitärer Flüchtlingsunterbringung**‘ nicht mehr die Rede sein. **Zur Erinnerung.** DIE GRÜNEN haben sich vor ihrer Regierungsverantwortung im Land früher gegen den Bau der Zentralen Anlaufstelle (ZAS) in Karlsruhe ausgesprochen. Wie also sind solche Reden zu bewerten?

- Tatsächlich gab es einen **Deal** zwischen Stadt und Land. Der Deal heißt ‚**Lex Karlsruhe**‘ oder auch ‚**Vollprivilegierung**‘. Und da geht es um Millionen Euro. Was heißt das?

**Die Stadt ist kommunal von der Aufnahme von Geflüchteten, bis auf wenige Ausnahmen, befreit!**

In einer Beschlussvorlage der Stadt Freiburg wird das so ausgedrückt:

**„Die vorhandenen kommunalen Flüchtlingsunterbringungen könnten über einen Zeitraum von 5-10 Jahren sukzessive reduziert bzw. umgewidmet (Hammerschmiedstraße, Bissierstraße) werden, ... die örtliche Wohnungsmarktlage würde insbesondere im Sozialwohnungssegment in Folge des Wegfalls der Aufnahmeverpflichtung nicht noch weiter belastet.“**

**Das heißt:** Flüchtlingsunterbringungen werden stetig abgebaut. Nach aktuellen Informationen der Stadt leben heute etwa 1.200 weniger Geflüchtete in den kommunalen Sammelunterkünften und angemieteten Wohnungen als im Jahr 2016.

**Was heißt der Beschluss der Verwaltung und des Gemeinderates für Geflüchtete und flüchtlingssolidarische Gruppen und Projekte in Freiburg?**

- Die Stadt hat sich gegen Freiburg als gute Adresse für Geflüchtete entschieden.
- Die Stadt hat sich gegen das politische und ehrenamtliche Engagement und die zahlreichen Projekte, die im Flüchtlingsbereich existieren, entschieden.
- Die Stadt spart auf Kosten von Geflüchteten und spielt damit Menschen in sozialen Notlagen gegeneinander aus, wobei die Gründe der Wohnungsnot wahrlich woanders zu suchen sind.
- Die Stadt gibt einer Erstaufnahme Vorrang, in der täglich die Grundrechte der Bewohner\*innen verletzt werden. Uns liegt aktuell ein Rechtsgutachten vor, das die Verletzung der Grundrechte in der LEA bestätigt. Dazu werden wir die Tage eine Stellungnahme herausgeben.

- Und ja, die LEA ist eine Abschiebeeinrichtung. Es gab 2019 insgesamt 97 geplante Abschiebungen aus der LEA Freiburg. Damit ist in der Regel ein Polizeieinsatz verbunden. Im Schnitt heißt das, dass alle 3,7 Tage die Polizei in die Einrichtung geht um jemanden abzuschieben.
- Auch Corona hat gezeigt, dass Sammellager für einen Infektionsschutz denkbar ungeeignet sind. Auch von dieser Seite wird die Schließung dieser Lager gefordert.
- **Zusammengefasst: Der Beschluss hat verheerende Folgen, er steht in der Tradition der Flüchtlingsabschottung, Ausgrenzung und fördert rassistische Ressentiments in Freiburg.**

Was fordern wir von der Stadt Freiburg:

- **Schließung der Landeserstaufnahmen, nicht nur in Freiburg!**
- **eine offene Diskussion zur LEA-Freiburg, bei der vor allem auch Bewohner\*innen zu Wort kommen!**
- **Dass sich der Gemeinderat politisch gegen die Fortführung der Landeserstaufnahmeeinrichtung ausspricht! Auch Hinsichtlich der Corona-Pandemie!**
- **Solange die LEA in Freiburg existiert, fordern wir, dass die Kommune Freiburg, da die Bewohner\*innen der LEA auch Einwohner\*innen der Stadt sind und die Kommune für das Wohl ihrer Einwohner verpflichtet ist, Interventionsmöglichkeiten der Stadt in der LEA. Das kann ein Kommunalrat für die LEA sein, so wie er 2014 von den Unabhängigen Listen im Gemeinderat gefordert wurde, aber auch andere Projekte!**
- **Wir fordern, die strukturelle institutionelle Diskriminierung gegen Geflüchtete zu beenden, die besonders in den Erstaufnahmeeinrichtungen existieren.**
- **Zu guter Letzt fordern wir die Aufarbeitung von 40 Jahre kommunale Lagerpolitik der Stadt Freiburg!**